

KURT FIEBICH

Das deutsche Arbeitskräftepotential

Brauchen wir wirklich Fremdarbeiter?

Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung teilte Ende Juli mit, daß „kein Mißerfolg bei der Anwerbung von Italienern“ zu verzeichnen sei, wenn auch statt der erhofften 31 000 nur 8000 Arbeitskräfte nach der Bundesrepublik gekommen wären. Die beiden Regierungen hätten das Kontingent von 31 000 Mann (13 000 für die Landwirtschaft, 18 000 für die gewerbliche Wirtschaft) lediglich auf Grund überschlägiger Schätzungen vereinbart.

Die Anforderungen der Landwirtschaft (10 000) und der gewerblichen Wirtschaft (gut 6000) sind weit hinter diesen Erwartungen zurückgeblieben, doch konnten nicht einmal diese Wünsche erfüllt werden, denn bis Ende August gelang es nur, insgesamt 10 000 Arbeitskräfte anzuwerben.

Jetzt hört man von der Bundesanstalt, daß die Anwerbeaktion für 1957 bereits Ende dieses Jahres anlaufen soll. Man plant, die Werbemaßnahmen der italienischen Arbeitsämter durch Aktionen der deutschen Kommission — die am 1. Juni von Mailand nach

25) Dies zeigen auch die Ergebnisse einer kürzlich veröffentlichten Untersuchung der sozialpolitischen Abteilung des Forschungsinstituts für Sozial- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Köln. Vgl. Karl-Heinz Sohn, Jugend, Betriebsvertretungen, Gewerkschaften, Köln 1956.

26) DUNLOP-Befragung des Instituts für Demoskopie in Allensbach aus dem Jahre 1953; bisher unveröffentlicht.

Verona verlegt wurde — zu unterstützen. Auch die Errichtung von Zweigstellen in Neapel und Palermo wird erwogen, weil besonders Süditalien und Sizilien unter einer schweren strukturellen Arbeitslosigkeit leiden, was bessere Werbeergebnisse erwarten läßt. Da man trotz des offenkundigen Fehlschlags der bisherigen Maßnahmen und trotz der immer deutlicher werdenden, konjunkturell bedingten Entspannungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt nicht gewillt ist, das ganze Projekt ad acta zu legen, sondern es vielmehr stark erweitern will, erscheint es notwendig, eingehend die Frage zu untersuchen, ob wir wirklich Fremdarbeiter brauchen.

Einige offizielle, besonders aber die Stellungnahmen der Arbeitgeberverbände, sind auch nicht gerade geeignet, die Situation zu klären. So heißt es, daß für die Anwerbung in Italien und Griechenland nur Hilfskräfte, also Ungelernte, zur Verfügung stünden, man aber *Facharbeiter* brauche. Der Einsatz von Fremdarbeitern würde also im ganzen unwesentlich bleiben. Sind die bisher Angeworbenen denn nun Hilfskräfte oder fachlich vorgebildete Leute? Es scheint so, daß gewisse Kreise der Öffentlichkeit, vor allem aber der Arbeitnehmerschaft und ihren Vertretern, Sand in die Augen streuen wollen. Wenn es sich nämlich doch um Fachkräfte handelt, haben einige Leute — wohl aus taktischen Gründen — die Unwahrheit gesagt.

Inzwischen hat sich die italienische Regierung damit einverstanden erklärt, *daß nicht nur Arbeitslose, sondern auch in Arbeit Stehende angeworben werden dürfen*. Hiermit möchte man jene Bedenken der deutschen Arbeitgeber ausräumen, die in der Ansicht gipfeln, daß nur der „arbeitslose Bodensatz“ Norditaliens sowie Dauerarbeitslose aus Mittel- und Süditalien und von Sizilien zur Verfügung stehen, überwiegend also beruflich weniger tüchtige und menschlich weniger wertvolle Personen, so verallgemeinert man. Noch immer herrscht die Meinung vor, daß Arbeitslosigkeit auch in Italien mehr oder weniger selbstverschuldet ist. Die Wahrheit jedoch sieht so aus, daß es in Italien trotz der unbestreitbaren wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung in den letzten Jahren bei einer Bevölkerung von 47 Millionen, die sich jährlich durch Geburtenüberschuß um etwa 300 000 Menschen vermehrt, noch immer rund zwei Millionen Vollarbeitslose und mindestens drei Millionen Unterbeschäftigte gibt. Es besteht keinerlei Aussicht, daß sich diese wirtschaftlich und sozial ungünstige, politisch aber gefährliche Situation in absehbarer Zeit „von selbst“ bessert. Behauptungen, daß auch Italien der Vollbeschäftigung entgegengehe und deshalb kaum eine größere Anzahl Fremdarbeiter stellen könne, sind absurd. Im Gegenteil: Da die Masse der italienischen Arbeiter sehr schlecht verdient und Bereitschaft und Zwang zur Arbeitsaufnahme im Ausland — sogar in Übersee — seit je außerordentlich stark sind, steht interessierten Ländern ein nahezu unerschöpfliches Arbeitskräfte-reservoir zur Verfügung, wenn man die Anwerbeaktionen richtig plant und vor allem die Formalitäten stark vereinfacht.

Ausgeschöpftes deutsches Arbeitskräftepotential?

Obleich die Anwerbung von Italienern für 1957 schon bald beginnen soll und die Bundesregierung wieder einmal vollendete Tatsachen geschaffen hat, ohne auf die Stimme der Arbeitnehmerorganisationen zu hören¹⁾, erscheint es doch wichtig, die Vorgeschichte des Fremdarbeitereinsatzes zu untersuchen. Dazu ist es notwendig, die Lage auf unserem Arbeitsmarkt darzustellen, die von Bundesregierung, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften recht unterschiedlich beurteilt wird.

Ministerialdirektor *Petz* vom Bundesarbeitsministerium erklärte Ende März, daß man hoffe, mit dem Einsatz von Italienern „einem Engpaß begegnen zu können“, fügte aber hinzu, man solle nicht übersehen, *daß eine gute Reserve in einer weiteren Ausschöpfung der deutschen Arbeitskraft selbst liege*. Noch am 30. Dezember 1955 schrieb Bundesarbeitsminister *Storch* im „Bulletin“ der

1) Vgl.: Denkschrift zur Frage der Beschäftigung ausländischer Wanderarbeiter in der Landwirtschaft der Bundesrepublik, überreicht vom Hauptvorstand der Gewerkschaft Gartenbau Land- und Forstwirtschaft.

KURT FIEBICH

Bundesregierung, daß der „Mangel an Arbeitskräften zuweilen übertrieben“ werde. Die Hereinnahme ausländischer Arbeitskräfte werde audi im neuen Jahr — also 1956 — nur dann möglich sein, wenn bei den in Frage kommenden Berufen die eigenen Arbeitslosen untergebracht seien. Anfang November 1955 hatte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, *Dr. Scheuble*, vor einer falschen Beurteilung der Arbeitsmarktlage gewarnt. Als Reserven des Arbeitsmarktes seien noch Frauen, Jugendliche und die Zuwanderer aus Mitteldeutschland und dem Osten vorhanden. Eine zum 15. Oktober 1955 vorgenommene Untersuchung habe ergeben, daß von 223 000 arbeitslosen Männern 43 vH voll in ihrem Beruf vermittlungsfähig waren. Bei den 275 000 arbeitslosen Frauen ergab sich ein Prozentsatz von 46 vH. Scheuble wies besonders darauf hin, daß die Wirtschaft bei einem nachlassenden Angebot von Arbeitskräften auch bereit sei, nur beschränkt Vermittlungsfähige einzustellen.

Trotz dieser eindeutigen Stellungnahmen führender Arbeitsmarktexperten gegen die *voreilige* Hereinnahme von ausländischen Arbeitskräften und ungeachtet der Tatsache, daß in sämtlichen für den Ausländereinsatz vorgesehenen Wirtschaftszweigen eine größere Anzahl Arbeitsloser vorhanden ist, hat der Zustrom von Italienern begonnen. Es liegt uns fern, den italienischen Arbeitern deshalb Vorwürfe zu machen, weil sie die Arbeits- und Verdienstchancen ausnutzen wollen, die sich ihnen in der Bundesrepublik nach Überwindung der Anlaufschwierigkeiten sicherlich bieten werden. Die italienische Presse — bezeichnenderweise besonders die bürgerliche, warm unterstützt von der Regierung in Rom — propagiert seit Jahren die Arbeitsaufnahme ihrer Landsleute in Deutschland. Man hofft, damit einen Teil der internen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten beseitigen zu können, die auf die chronische Massenarbeitslosigkeit zurückzuführen sind.

Verdächtig ist der Eifer der Bundesregierung und der — mit Ausnahme des Bergbaus — geschlossen hinter ihr stehenden westdeutschen Unternehmerkreise. Man tut so, als ob das Wohl und Wehe der Wirtschaftsentwicklung vom Einsatz oder Nichteinsatz der Italiener abhinge, obwohl das keineswegs der Fall ist. Man darf sich also nicht wundern, wenn bei den Arbeitnehmern der Gedanke aufkommt, *daß man die Fremdarbeiter vor allem als Waffe im Kampf gegen die berechtigten Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen benutzen will.*

Droht die „Überbeschäftigung“?

Die deutsche Öffentlichkeit war in den letzten Jahren einem wahren Trommelfeuer von Aufsätzen und Reden ausgesetzt, die unter erschreckenden Schlagzeilen standen und regelmäßig in der Behauptung gipfelten, daß „die Vollbeschäftigung praktisch erreicht“ sei. Daß selbst einige der Arbeiterbewegung nahestehende Publikationen das Gerede von „Vollbeschäftigung“, „Facharbeitermangel“ und „Nachwuchsmangel“ verbreiten, macht es nicht glaubhafter. In jüngster Zeit liest man nun, daß jetzt die „Überbeschäftigung“ droht. Diesen unablässigen Behauptungen eines Zustandes, vor dem man große Angst zu haben scheint, gehen zahlreiche eindringliche Appelle an die Arbeitnehmer parallel: Sie sollen maßhalten, vernünftig sein, die Lohnschraube nicht überdrehen und stets bedenken, daß „alle im gleichen Boot sitzen“. Man weiß nicht, ob man mehr vom Fleiß und Eifer dieser Voll- und Überbeschäftigungstheoretiker beeindruckt oder von der Unwahrhaftigkeit ihrer Argumente und Behauptungen empört sein soll. Hierfür ein Beispiel: Prof. *Gleitze* hatte in den *WWI-Mitteilungen*²⁾ einen Aufsatz veröffentlicht, der eine nüchterne Untersuchung der Arbeitsmarktsituation vom letzten Sommer darstellt, die auch ein Jahr später hochaktuell ist. Er wandte sich entschieden gegen die Behauptung, daß wir die Vollbeschäftigung bereits erreicht hätten. Vielmehr sei die gegenwärtige Beschäftigungslage in Westdeutschland bestenfalls eine Etappe auf dem Wege zur Vollbeschäftigung. *Gleitze* beklagt mit Recht, daß selbst in der wissenschaftlichen Sozialforschung die Annahme nicht nur hingenommen, sondern geradezu gepflegt wird, daß eine in Voll-

2) Vgl.: Bruno Gleitze, Entspricht der Arbeitsmarkt einer Vollbeschäftigung? In: *WWI-Mitteilungen*, Heft 7/8 1955, S. 149 ff.

beschäftigung befindliche Wirtschaft normalerweise zwischen 4 bis 5 vH Arbeitslose aufweisen könnte.

Der „Schnelldienst des Deutschen Industrieinstituts“ nannte die sachliche, durch amtliche Zahlenangaben unterstützte Argumentation Gleitzes „Zahlenspielereien um die Vollbeschäftigung“.

Nun herrschte aber Anfang Februar 1956 — also *vor* dem plötzlichen Kälteeinbruch — mit 1,25 Millionen Arbeitslosen alles andere als eine Vollbeschäftigung. Selbst Ende September 1955, als die Arbeitslosenzahl auf 495 000 (2,7 vH) abgesunken war, konnte man lediglich von einer *regionalen* Vollbeschäftigung sprechen, denn in Bayern, Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein (ganz zu schweigen von West-Berlin, das von gewissen Leuten je nach Bedarf zu Westdeutschland gezählt wird oder nicht) lag die Arbeitslosenquote erheblich über dem Bundesdurchschnitt. *Ist es nicht borniert, sich immer nur am Stichtag mit der niedrigsten Arbeitslosenzahl zu orientieren und die dann zu verzeichnende bundesdurchschnittliche Arbeitslosenquote „internationalen Maßstäben“ gegenüberzustellen, die angeblich die Vollbeschäftigung schon bei 4 vH Arbeitslosigkeit für gegeben halten?* Selbstverständlich muß man von der *Jahresquote* der Arbeitslosigkeit ausgehen, und da stellt man folgende Werte fest: 2,1 (1938), 4,3 (1948), 8,3 (1949), 10,3 (1950), 9,0 (1951), 8,4 (1952), 7,5 (1953), 7,9 (1954), 5,05 (1955).

Mehr Objektivität bei Auslandsvergleichen

Oft werden die USA als Beispiel einer vollbeschäftigten Volkswirtschaft angeführt, weil man dort in den letzten Jahren eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote von 4 bis 5 vH verzeichnen konnte. Wer Gelegenheit hatte, den amerikanischen Arbeitsmarkt an Ort und Stelle zu studieren, wurde recht drastisch durch Augenschein belehrt, daß drüben eben auch keine „praktische Vollbeschäftigung“ herrscht. Es gibt, wie in der Bundesrepublik, neben Vollbeschäftigungszonen ausgedehnte Gebiete mit schwerer Strukturarbeitslosigkeit, die allmonatlich in den amtlichen Berichten als „Labor Surplus Areas“ aufgeführt werden, und das teils schon seit Jahren. Außerdem schwankt der Umfang der Beschäftigung in einzelnen Wirtschaftszweigen, besonders in der Autoindustrie und bei deren Zulieferanten, außerordentlich stark.

Wir sollten uns also besser an den Beispielen wirklich vollbeschäftigter Volkswirtschaften, wie Großbritannien, Frankreich, der Schweiz, Schweden und Norwegen, orientieren. Hier findet man *seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquoten von 1 bis 2 vH und weniger*. In der Schweiz, die rund fünf Millionen Einwohner zählt, gab es beispielsweise im Spätsommer 1955 nicht mehr als 5000 registrierte Arbeitslose. Auf die 50 Millionen Bundesbürger dürften also bei gleicher Arbeitslosenquote höchstens 50 000 Arbeitslose entfallen. In Wirklichkeit hatten wir mit 495 000 zum gleichen Zeitpunkt zehnmal soviel, und Ende Juli 1956 gab es noch immer rund 520 000 Arbeitslose (einschließlich West-Berlin), wobei zu beachten ist, daß man in letzter Zeit auf Grund des neuen Gesetzes über Arbeitslosenhilfe eine beträchtliche Anzahl „unechter Arbeitsloser“ statistisch ausgesondert hat. Ganz ähnlich fallen Vergleiche mit der Arbeitslosenquote der genannten Länder aus. Großbritannien, dessen Wirtschaft gern zum Vergleich herangezogen wird, hatte im Spätsommer 1955 mit weniger als 200 000 Arbeitslosen ebenfalls eine Quote von 1 vH erreicht. Besonders wichtig erscheint hier auch der Hinweis, daß man in keinem der genannten Staaten einen derart großen Saisonausschlag der Arbeitslosenkurve kennt, wie er leider bei uns üblich ist. Daß unsere Arbeitslosenzahl bereits ab Oktober eines jeden Jahres in die Höhe geht und ebenso regelmäßig im Dezember selbst bei mildern, die Bauarbeiten überhaupt nicht beeinträchtigendem Wetter die Millionengrenze übersteigt, ist ein weiterer Beweis dafür, daß die *allgemeine Vollbeschäftigung noch immer ein Märchen ist*, das durch keine wie auch immer gearteten Tricks wahr wird.

Die nachstehende Gegenüberstellung britischer und deutscher jahresdurchschnittlicher Arbeitslosenzahlen ist sehr aufschlußreich.

Arbeitslosigkeit in Großbritannien und Westdeutschland (in 1000)

Jahr	1938	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Großbritannien	1787	341,1	281,4	462,5	380,0	317,7	264,5
Bundesrepublik (1938 Gesamtdeutschland)	883	1585,0	1431,0	1380,6	1252,0	1210,7	918,2

Das Deutsche Industrieinstitut ist der Meinung, daß die gewerkschaftliche Behauptung, wir hätten noch keine Vollbeschäftigung, auf schwachen Füßen steht. Die amtlichen Arbeitslosenziffern seien heute zu hoch. In ihnen werde ein erheblicher Teil „ehemaliger Arbeitnehmer“ aufgeführt, die wegen persönlicher Mängel (Arbeitsunfähigkeit, hohes Alter usw.) als Dauerbezieher Unterstützung aus der Arbeitslosenhilfe erhalten. „Würden alle Empfänger der Arbeitslosenfürsorge arbeitsverwendbar oder arbeitsvermittlungsfähig sein, hätten sie im Jahr 1955, das einen bedenklichen Mangel an Arbeitskräften zeigte, überall Beschäftigung gefunden, und die Arbeitslosenziffer wäre noch weiter gesunken³⁾. Welcher Mangel an Wissen um die grundlegenden Tatsachen auf unserem Arbeitsmarkt spricht aus diesen Behauptungen! Wenn sie nicht unbesehen von neun Zehntel aller deutschen Zeitungen und Zeitschriften, leider aber auch von vielen ausländischen Publikationen hingenommen würden, erübrigte sich jede Beschäftigung damit. Den Gipfel der Ignoranz erklimmt das Industrieinstitut jedoch mit folgendem: „Die Wirtschaft hat sich überzeugt, daß die Arbeitslosigkeit heute keine nennenswerte Reserve, sondern nur noch einen statistischen Faktor darstellt. Es ist falsch, wenn man bei der Betrachtung der Arbeitslosigkeit allein die amtliche Prozentrechnung anwendet und dann behauptet, im Bundesgebiet gäbe es nur eine teilweise Vollbeschäftigung und sogar Notstandsgebiete mit Unterbeschäftigung. Eine Analyse der Tatsachen zeigt nämlich, daß wir selbst bei Zugrundelegung schärfster Maßstäbe Vollbeschäftigung haben.“ Wenn man schon den Gewerkschaften mißtraut, erkundige man sich doch wenigstens über die nach wie vor katastrophale Arbeitsmarktlage im Weser-Ems-Gebiet, in weiten Teilen Schleswig-Holsteins und Bayerns bei den zuständigen Abgeordneten des Bundestages.

Bundesregierung widerlegt Industrieinstitut

Ministerialrat Dr. *Siemer* vom Bundesministerium für Arbeit hat in einer nach wie vor aktuellen Analyse⁴⁾ die registrierte Arbeitslosigkeit untersucht und diese Reserve an Arbeitskräften als „im ganzen gering“ bezeichnet. Dem kann man insofern zustimmen, als es sich um die vollbeschäftigten Regionen der Bundesrepublik handelt. Im Gegensatz zu den Angaben des Industrieinstituts beweist Siemer dann aber mit einer Fülle von Zahlen eindeutig, welche große Reserve an Arbeitskräften wir noch in den „wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten der Bundesrepublik“ haben.

„Die Tatsache, daß die Arbeitslosenquote (Anteil der Arbeitslosen an den unselbständigen Erwerbspersonen) der Männer von 0,8 vH in Baden-Württemberg bis 5,6 vH in Schleswig-Holstein und die der Frauen von 1,3 vH in Baden-Württemberg bis 10,4 vH in Schleswig-Holstein und Hamburg schwankt, gibt deutliche Hinweise, wie kräftig ein wirtschaftlich entwickeltes Gebiet einen Sog auf den Arbeitsmarkt ausüben kann, aber auch welche Möglichkeiten sich in den arbeitsmarktlich belasteten Räumen noch für die Gewinnung von Arbeitskräften bieten. Die Erschließung dieser echten Bestände, die im Zonenrandgebiet, in Schleswig-Holstein und Nordwestdeutschland sowie im Bayrischen Wald leben, ist nur durch eine entsprechende Verlagerung der wirtschaftlichen Expansion möglich. Eine Besiedlung der genannten Räume würde raumplanerisch wertvoll sein

3) Vgl.: Schnelldienst des Deutschen Industrieinstituts Nr. 10, v. 3. Februar 1956.

4) Vgl.: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 204/1955. S. 1701, vom 28. Oktober 1955.

und die strukturellen Schäden in der Wirtschaft heilen helfen. Zu dieser im Verhältnis zu den Orten des Arbeitskräftebedarfs fehlgelagerten Reserven kommen rund 70 000 Notstandsarbeiter, die vorwiegend bei landwirtschaftlichen Meliorationsarbeiten und im Straßenbau beschäftigt werden. Auch diese durch öffentliche Maßnahmen in Arbeit gehaltenen, in der Regel vollverwendungsfähigen Kräfte, sind überwiegend nur durch entsprechende regionale Streuung von Betrieben wirtschaftlich einzugliedern. Ihre Wohngebiete sind fast ausnahmslos die strukturgestörten und -gefährdeten Bezirke.“

Diesen Erkenntnissen ist nichts hinzuzufügen; treffender kann auch die gegenwärtige -Arbeitsmarktlage, die mit der im Spätsommer vergangenen Jahres identisch ist, nicht beschrieben werden. Daß die Wirtschaft sich bisher kaum entschlossen hat, „ihre Expansion in die Räume des Arbeitskräfteangebots zu verlegen“, ist ein Beweis mehr dafür, daß wir noch, lange keine „wirtschaftsgefährdende Arbeitskräfteknappheit“ haben, *so daß also das Hauptargument für die Anwerbung von Fremdarbeitern entfällt.*

Unsere *inaktiven* Arbeitskräftereserven sind viel größer, als selbst Optimisten annehmen. Infolge der vorhandenen Frauenüberzahl von drei Millionen ist vor allem die weibliche Arbeitskräftereserve noch recht umfangreich, weil alleinstehende Frauen in der Regel zu einem weit höheren Prozentsatz zur Arbeitsaufnahme geneigt bzw. gezwungen sind als Ehefrauen. Gegenwärtig *fehlen* jedoch überall, besonders auch in den Zentren der-Schwerindustrie, Arbeitsplätze für Frauen und Mädchen.

Obleich von Arbeitgeberseite *seit Jahren* der „Zustand der Vollbeschäftigung“ und das „Ausgeschöpftsein des deutschen Arbeitskräftepotentials“ behauptet wird, betrug der Zuwachs an Beschäftigten von Herbst 1953 auf Herbst 1954 rund 800 000, von 1954 auf 1955 sogar rund 1 Million. Auch für das laufende Jahr ist aus den vorher erwähnten Gründen ein erheblicher Anstieg der Beschäftigtenzahl, schätzungsweise um 800 000, zu erwarten, denn die Hochkonjunktur wirkt auf die ruhende Arbeitskräftereserve wie ein Magnet. Der prozentual überdurchschnittliche Anstieg der Zahl der weiblichen Beschäftigten zeigt, daß wir trotz langsam sinkender Arbeitslosenzahlen jahrelang einen wesentlichen Teil unseres Arbeitskräftepotentials nicht ausnutzten, richtiger: nicht auszunutzen: brauchten. Die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften war eben doch nicht so hoch, wie es ein Teil der Unternehmerschaft und die Bundesregierung glauben machen wollten.

Zweifellos ist es heute möglich, die an sich hohe Erwerbsquote von 1939 (67,7 vH für Männer, 36,2 vH für Frauen) erheblich zu übertreffen. Entgegen anderslautenden Behauptungen stimmt es nämlich nicht, daß nun, da die Stärke der Schulentlassenenjahrgänge allmählich abnimmt, auch die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter oder deren Anteil an der Bevölkerung schrumpft. Immer wieder kann man selbst in seriösen, Publikationen lesen, daß wir nun einer Art Verfall des Arbeitskräftepotentials entgegengehen, und man spart nicht mit Schlagworten wie „Überalterung“, „Vergreisung“ und „Volkstod“. In Wirklichkeit steigt der Anteil der Erwerbsfähigen bis etwa 1960 ständig, weiter an. Erst danach setzt ein ganz allmählicher Rückgang ein, der aber ohne Schwierigkeiten durch Rationalisierungsmaßnahmen aller Art nicht nur ausgeglichen, sondern überkompensiert werden kann.

*Bevölkerung im erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Alter
(in vH)*

	1910	1925	1933	1950	1955	1960	1965	1970
Jugendliche bis einschl. 15 Jahren	34,5	26,2	25,1	24,9	23,4	22,3	23,1	22,9
Arbeitsfähige v. 16 b. einschl. 65 Jahren	60,6	68,0	67,9	66,6	67,5	68,1	66,6	65,4
Personen über 65 Jahre	4,9	5,8	7,0	8,5	9,1	9,6	10,3	11,7
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Überhaupt wird die Bedeutung der technischen und organisatorischen Rationalisierung auf den Umfang der Produktion unterschätzt, es sei denn, unsere Regierung bemüht sich um den Nachweis, daß die Aufrüstung vom Arbeitskräftepotential her verkraftet werden kann. Dann liest man es nämlich so:

„Die Rationalisierung und Automatisierung insbesondere der industriellen Fertigung setzt nicht nur Arbeitskräfte frei (eine Produktivitätssteigerung um 5 vH entspräche einer Einsparung von 800 000 Arbeitskräften bei gleichem Produktionsvolumen und gleicher Arbeitszeit), sondern ermöglicht erst, auch stärkere Anspannungen infolge der Rüstungswirtschaft mit den Tendenzen zur Senkung der Arbeitszeit zu vereinbaren. Der schon aus wettbewerblichen Gründen gebotenen Rationalisierung wird in Anbetracht der zu erwartenden Engpässe auf dem Arbeitsmarkt der Schrecken etwaiger Arbeitslosigkeit genommen⁵⁾.“

Im Jahre 1955 hat sich die Zahl der Beschäftigten in der Industrie im Jahresdurchschnitt um 8,5 vH, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 8,4 vH, *das Produktionsvolumen aber um 16 vH erhöht*. Selbst bei Stagnation der Beschäftigtenzahl, die aber erst — Stop des Menschenzustroms aus Mitteldeutschland vorausgesetzt — im nächsten Jahrzehnt eintreten wird, ist durch Mechanisierung und Automatisierung der Fertigungs- und eines Teils der Verwaltungs- und Verteilungsprozesse eine ständige Produktions- und Leistungssteigerung möglich. Ob demgegenüber die „Schrecken etwaiger Arbeitslosigkeit“ im Rahmen unserer heutigen Wirtschaftsordnung für immer verschwunden sind, muß die Zukunft erweisen.

Fremdarbeiter bremsen Flüchtlingseingliederung

Da es uns hier um die *aktuelle* Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik geht, ist der Hinweis notwendig, daß Bevölkerung und Arbeitskräftepotential des Bundesgebietes durch Geburtenüberschuß bzw. Veränderung der Altersstruktur und Zuwanderung aus Mitteldeutschland in einem Ausmaß zunehmen, gegen das der geplante Umfang des Fremdarbeitereinsatzes rein beschäftigungsstatistisch lächerlich erscheinen muß. Ende 1955 war die westdeutsche Bevölkerung auf 50,3 Millionen angewachsen. Gegenüber Ende 1954 bedeutet das eine Zunahme von 554 700 Menschen, davon allein 310 900 durch Zuwanderungsüberschuß. Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter überwiegt bei den Zuwanderern bei weitem. Die im Vergleich zur Altersstruktur der Bevölkerung des Bundesgebietes sehr günstige Schichtung bedeutet einen *überproportionalen Zuwachs an Arbeitskräften*. Im Vergleich zur Vorjahrszeit ist der Flüchtlings- und damit Arbeitskräftezustrom aus Mitteldeutschland noch angestiegen. Einwänden, daß es sich hierbei um eine Bevölkerungs- bzw. Arbeitskräfteverschiebung *innerhalb Deutschlands* handle, ist zu entgegen, daß das nur in gewissem Sinne stimmt. Wenn es um Gegenwartsprobleme geht — die Hereinnahme von Fremdarbeitern ist ein solches —, muß man die *Gegenwart realistisch sehen*: Zwischen den Regierungen der beiden Teile Deutschlands herrscht erbitterte Feindschaft, und die beiderseitigen politischen und Wirtschaftssysteme sind so streng voneinander getrennt, wie das zwischen zwei sich völlig fremden Staaten nicht ausgeprägter sein kann. Eben weil Ende 1955 bereits 8,76 Millionen Vertriebene und 2,6 Millionen Zugewanderte aus Berlin und Mitteldeutschland zu verzeichnen waren, deren volle Eingliederung in die westdeutsche Volkswirtschaft noch längst nicht gelungen ist, und weil sich dieser Zustrom fortsetzt, erscheint es *zumindest stark übereilt, ausländische Arbeitskräfte in größerer Zahl anzuwerben*.

Wenn man sich die Mühe einer gründlichen Untersuchung machen würde, könnte man sicherlich feststellen, daß viele der Fremdarbeiter den noch nicht eingegliederten einheimischen Kräften einen Arbeitsplatz wegnehmen. Es liegt eine Fülle beweiskräftigen Zahlenmate-

5) Vgl.: Bedeuten Soldaten Gefährdung der Wirtschaft? Heft Nr. 4 der Schriftenreihe zur Wehrpolitik. Herausgeber: Redaktion „Politische Informationen“ der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise, Bad Godesberg.

rials vor, daß der Zustrom der arbeitsfähigen und willigen Flüchtlinge aus Mitteldeutschland jahrelang — und auch heute noch! — die Auflösung der durch den vorangegangenen Zustrom der Ostvertriebenen verursachten Strukturarbeitslosigkeit in den relativ überbevölkerten Gebieten der Bundesrepublik vielfach verhindert, immer aber stark gebremst hat. Ist es bei dieser Sachlage nicht grundfalsch, die Auflösung bzw. Entlastung der in den unterentwickelten Gebieten der Bundesrepublik und in West-Berlin noch immer vorhandenen und stark belegten Flüchtlingslager durch wahllosen Einsatz von Fremdarbeitern in den vollbeschäftigten Regionen zu blockieren? In vielen Fällen wird es für die Arbeitgeber nämlich einfacher sein, Gruppen junger Arbeiter — besonders Land- und Bauarbeiter — aus Italien zu holen und vorübergehend einzusetzen, als durch Schaffung ständiger Arbeitsplätze für Flüchtlinge an der Lösung eines der schwierigsten Probleme unserer Zeit mitzuhelfen. Zehntausende von in zumeist sehr abgelegenen Lagern zusammengepferchten Menschen, die drüben alles aufgegeben haben, brauchen nur *Wohnmöglichkeiten in der Nähe ihres künftigen Arbeitsplatzes*, um positive Arbeit leisten und ihren Lebensmut wiederfinden zu können. Hier liegt der allerschlimmste Pferdefuß des Fremdarbeitereinsatzes!

Berufsstrukturelle Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt

Unsere Arbeitsmarktstatistiken weisen aus, daß einige Wirtschaftszweige in der Tat das ganze Jahr hindurch arbeitskräfteknapp sind, andere nur in der jeweiligen Hochsaison, während bei einigen Berufen eine katastrophale Überfüllung festzustellen ist. Wir müssen auch hier die jahrzehntealte Feststellung wiederholen, daß die kaufmännischen, Verwaltungs- und Büroberufe stark übersetzt sind. Daß sich Wirtschaft und Gesellschaft offenbar an diesen Zustand gewöhnt haben und daß man drauf und dran ist, das nach wie vor brennende Problem der *dauerarbeitslosen älteren Angestellten* im Wirtschaftswundertaumel zu übersehen, kann uns nicht gleichgültig sein.

Zum Zeitpunkt des Tiefstandes der Arbeitslosigkeit Ende August 1956 gehörten von 410 000 Arbeitslosen rund 85 000 den genannten Berufen an, also jeder fünfte Arbeitslose war Angestellter. Hätten wir schon früher dafür gesorgt, daß der Nachwuchs diese übersetzten Berufe weitgehend meidet, wäre eines der unerfreulichsten Sozialprobleme unserer Zeit der Lösung wenigstens ein Stück nähergekommen. Auf der anderen Seite gäbe es entsprechend mehr junge Facharbeiter. Gerade im Hinblick auf unser Thema dürfen wir nicht übersehen, daß unsere Dauerarbeitslosigkeit nicht nur gebiets-, sondern auch berufsstrukturell bedingt ist. Wenn man die Dinge in der Berufsausbildung weiterhin treiben läßt, wird es kaum jemals möglich sein, die berufsstrukturellen Disproportionalitäten des Arbeitsmarktes abzubauen, schon gar nicht, wenn man sich vergegenwärtigt, daß wir an der Schwelle des Zeitalters der Automatisierung stehen.

Vielleicht sind wir in absehbarer Zeit, in zwei, drei Jahren etwa, gezwungen, für bestimmte Wirtschaftszweige den Einsatz von ausländischen Arbeitskräften zu empfehlen, vor allem, wenn aus irgendwelchen Gründen die Zuwanderung aus Mitteldeutschland versiegt. Aber auch dann darf nur an einen *gezielten* Einsatz gedacht werden. Heute könnte man bestenfalls noch der Anwerbung von *Krankenschwestern* und *Hausgehilfinnen* aller Art zustimmen, an denen — wenigstens in bestimmten Gegenden der Bundesrepublik — ein wirklicher Mangel herrscht. *Landarbeiter* dagegen sollten wir unter keinen Umständen anwerben, „solange es noch arbeitsfähige und arbeitswillige Erwerbslose aus landwirtschaftlichen Berufen gibt“⁶⁾. Wir würden dadurch lediglich den beschäftigungspolitischen Heilungsprozeß in der Landwirtschaft aufhalten, der sich unter anderem in der laufenden Abwanderung von Arbeitskräften ausdrückt, die fälschlicherweise als „Landflucht“ beklagt wird.

6) Vgl.: Denkschrift der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft.